

Übungsblatt 4

Zu Kap. 4: „Staat und Bildungspolitik - Sollte der Staat in Bildungsentscheidungen eingreifen?“

Aufgabe 4-1: Begründungen staatlicher Interventionen im Bildungssektor [Teilaufgaben a) und b) aus Klausur WS 06/07]

- a) Ist Bildung im ökonomischen Sinne ein „öffentliches Gut“?
- b) Welche verschiedenen möglichen externen Effekte von Bildung sind theoretisch denkbar? Diskutieren Sie jeweils auch die in der Literatur vorliegende empirische Evidenz zur Relevanz der verschiedenen externen Effekte!
- c) Erläutern Sie am Beispiel der Studien von Dee et al. (2004) und Milligan et al. (2004), wie man mögliche externe Effekte von Bildung ökonometrisch identifizieren kann!
- d) Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen beiden Studien im Hinblick auf die staatliche Bereitstellung und Finanzierung von Bildung ziehen?

Aufgabe 4-2: Kreditbeschränkungen

Die Familien Meier und Kunz überlegen, wie lange sie ihre Kinder Dieter Meier und Gabi Kunz zur Schule/Universität schicken sollen. Ein Bildungsjahr kostet sowohl in der Schule als auch in der Universität 7.500 Euro. (Nehmen Sie eine Diskontrate von 0% an.) Die marginalen internen Bildungsertragsraten auf die verschiedenen Bildungsabschlüsse sind wie folgt:

Mittlere Reife (10 Jahre): 15%
Abitur (3 weitere Jahre): 10%
Universität (4 weitere Jahre): 8%
Promotion (3 weitere Jahre): 2%

Eine Anlage von Geld bei der Bank erbringt 3% Zinsen.

Nach Abzug der laufenden Ausgaben verbleibt der Familie Meier (Kunz) ein monatliches Einkommen von 500 Euro (1.000 Euro). Zusätzlich haben beide Familien noch jeweils 20.000 Euro Ersparnis.

- a) Wie lange gehen Dieter und Gabi in die Schule/Uni, wenn die Familien keinen Kredit für die Humankapitalinvestitionen aufnehmen können?
- b) Wie lange gehen Dieter und Gabi in die Schule/Uni, wenn die Familien bei der Bank einen Kredit für die Humankapitalinvestitionen aufnehmen können, der mit 6% zu verzinsen ist?
- c) Was sind die Hauptgründe dafür, dass es sein kann, dass ein Kapitalmarkt für Humankapital aufgrund privater Initiative nicht zustande kommt? Sollte in einem solchen Fall der Staat eingreifen?